

Rucht, Dieter

Book Part — Digitized Version
Protestbewegungen

Provided in Cooperation with:
WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Rucht, Dieter (1989) : Protestbewegungen, In: Wolfgang Benz (Ed.): Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Band 3: Gesellschaft, ISBN 3-596-24422-6, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M., pp. 311-344

This Version is available at:
<https://hdl.handle.net/10419/112163>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Dieter Rucht

Protestbewegungen

Noch in den frühen 1960er Jahren kamen Analysen zur politischen Kultur in der Bundesrepublik zu dem Befund, es herrsche eine unpolitische, konfliktscheue, demokratisch wenig gefestigte Untertanenmentalität vor. Heute bietet sich ein ganz anderes Bild. Erst in der Längsschnittbetrachtung und in ländervergleichender Sicht wird sichtbar, wie sehr die Bundesrepublik zu einem herausragenden Exempel bürgerschaftlichen Aufbegehrens geworden ist. Ein dicht geknüpftes Netz von Protestbewegungen mit jeweils eigenen thematisch und organisatorisch identifizierbaren Bewegungs»kernen« sowie einem weit darüber hinausreichenden Umfeld von Sympathisanten ist entstanden. Es gibt kaum noch ein technisch-industrielles Großprojekt, kaum eine grundlegende politische Weichenstellung oder ein herausragendes Ereignis, das nicht die Aufmerksamkeit und Aktivität außerparlamentarischer Protestgruppen auf sich zöge. Protest und Widerstand sind allgegenwärtig geworden, haben sich veralltäglicht. Damit ist freilich auch ihre Dramatik, ihr unkonventioneller, verunsichernder und bedrohlicher Charakter geschwunden.

Die Vorstellung eines kontinuierlichen Wandels von einer angepaßten, konfliktscheuen Untertanenkultur zu einer vitalen Protestkultur entspricht allerdings nicht ganz der Wirklichkeit. Weder fehlte es in den 50er und frühen 60er Jahren an außerparlamentarischen Protesten noch hat die heute spürbare Unruhe überall Platz gegriffen. Auch vollzog sich der Zuwachs an Protestaktivitäten in den vergangenen Jahrzehnten keineswegs kontinuierlich, sondern war von einem ausgeprägten Auf und Ab einzelner, bewegungsspezifischer Aktivitätszyklen markiert. Man könnte versuchen, diese Entwicklungsdynamik nicht nur in ihren äußerlich sichtbaren Wellenschlägen, sondern auch in ihren eher verborgenen Tiefenströmungen nachzuzeichnen. Letztere lassen sich im Groben als zwei übergreifende Strömungszyklen fassen. Deren erster war von den restaurativen Nachkriegsjahrzehnten bestimmt. Er fand seinen Höhepunkt und Abschluß in der Studentenrevolte. Diese bildete zugleich aber auch den Auftakt zu einem zweiten, alle späteren Einzelbewegungen umspannenden Protestzyklus, der durch einen ökonomischen, politischen und sozio-kulturellen Modernisierungsschub eingeleitet wurde. Der zweite Protestzyklus kulminierte in den späten 1970er und den frühen 1980er Jahren und hat sich in den letzten Jahren deutlich abgeflacht. Die

Interpretationsfolie solcher langgestreckten Zyklen wird allerdings in der überwiegend deskriptiven Darstellungsform nicht explizit herausgearbeitet.

Wider Restauration und Rüstung

Nach dem von außen herbeigeführten Ende der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland schienen die Vorzeichen für eine radikale demokratische und soziale Neuordnung günstig. Als Voraussetzungen oder Elemente dafür wurden vor allem auf seiten der politischen Linken eine Ablösung der bisherigen Eliten, Sozialisierungen von Industriezweigen, weitreichende Mitbestimmungsrechte und ein entschiedener Antimilitarismus propagiert. Doch die frühen Weichenstellungen in den Besatzungszonen, schließlich auch die Verfassungen der Länder und des Bundes blieben hinter vielen Erwartungen der »fortschrittlichen Kräfte« zurück.

Vor allem aber mußten die in mehreren Schritten Anfang der 50er Jahre beschlossene Wiederbewaffnung und die bald darauf angekündigte Stationierung von Atomwaffen – ob in Hand der Alliierten oder in Hand bundesdeutscher Militärs – bei all jenen Empörung hervorrufen, die in der dauerhaften Entmilitarisierung Deutschlands eine Vorbedingung der Wiedervereinigung und letztlich des friedlichen Zusammenlebens in Europa sahen. Obgleich Meinungsumfragen zufolge bei der Mehrheit der Bevölkerung zunächst wenig »Wehrbereitschaft« zu spüren war, boten doch andererseits der schnell sichtbare wirtschaftliche Erfolg sowie der verbreitete – und systematisch geförderte – Antikommunismus einen starken Rückhalt für die Strategie der politischen und militärischen Westintegration – ein Kurs, dem auch die SPD nach anfänglichen Vorbehalten konsequent folgte.

Gleichwohl entfalteten sich sehr bunt zusammengesetzte Bewegungen der außerparlamentarischen Opposition. Ihr gemeinsamer Nenner bildete das Bemühen um Frieden und Abrüstung. Im Groben gesehen lassen sich mehrere thematische und organisatorische Zusammenhänge identifizieren.

Den unmittelbar nach Kriegsende spontan entstandenen antifaschistischen Aktionsausschüssen, den »Antifas«, standen die alliierten Militärregierungen ambivalent gegenüber. In ihrem Beitrag zur lokalen Reorganisation der Verwaltung und zur Entnazifizierung waren sie willkommen; als basisdemokratische, hochpolitisierte Gruppen, die sich auch als Keimzellen zur Reorganisation der Arbeiterbewegung verstanden, blieben sie jedoch suspekt. Folgerichtig wurden sie von den Behörden der Alliierten

schon bald verboten oder nur mit Einschränkungen zugelassen; sie scheideten aber auch an ihrem mangelnden organisatorischen und programmatischen Profil. Die sehr schnell in zentralistische Strukturen mündende Neuorganisation der Arbeiterschaft ging an diesen spontaneistischen und aktivistischen Gruppen vorbei und setzte in ihrer politischen Ausrichtung eher auf einen sozialintegrativen Kurs, der für eine Praxis des radikaldemokratischen Antifaschismus wenig Raum ließ.

Auch der stark von der KPD und der SED beeinflussten Volkskongreßbewegung für die deutsche »Einheit und den gerechten Frieden« standen Gewerkschaften und Sozialdemokratie in den Westzonen im wesentlichen ablehnend gegenüber. Diese Bewegung war von Anfang an von Spannungen zwischen kommunistischen und bürgerlichen Gruppierungen geprägt. Während sie in der sowjetisch verwalteten Zone spätestens mit dem zweiten Deutschen Volkskongreß vom März 1948 als Vorstufe zum Aufbau einer eigenen Staatsorganisation diente, wurden etliche Landeskongresse in den Westzonen nicht zuletzt auf das Betreiben von Sozialdemokraten hin verboten. Schließlich nahm auch die faktische Auseinanderentwicklung der Zonen als Folge der Blockbildung zwischen den Alliierten der Volkskongreßbewegung ihre Antriebskraft. Das Motiv der Wiederherstellung der deutschen Einheit blieb jedoch für einzelne Gruppierungen wie etwa die im November 1952 gegründete Gesamtdeutsche Volkspartei zentral. Es spielte bei Teilen der Bewegungen gegen die Wiederbewaffnung und gegen die Atombewaffnung eine bedeutsame Rolle.

Die Pläne zur Wiederbewaffnung der Bundesrepublik, die vor dem Hintergrund der wachsenden blockpolitischen Konfrontation bereits 1948 in die Diskussion gekommen waren, jedoch erst später konkretere Formen angenommen hatten, lösten die erste große außerparlamentarische Oppositionsbewegung der Nachkriegszeit aus. Diese Bewegung bezog ihre Resonanz aus einer weitverbreiteten, allerdings auch sehr diffusen antimilitaristischen Stimmung, die noch von den frischen Kriegserfahrungen geprägt war. Die Bewegung selbst war vom spannungsreichen Nebeneinander von bürgerlichen Neutralisten und Pazifisten, Christen, Kommunisten sowie oppositionellen Gruppierungen innerhalb der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften geprägt.

Im Zentrum der Aktivitäten stand das Bemühen um eine Volksbefragung zur Wiederbewaffnung und zum Abschluß eines Friedensvertrags. Entsprechende Forderungen – bzw. ersatzweise eine Neuwahl der Bundesregierung – hatte Martin Niemöller in einem Offenen Brief vom Oktober 1950 an den Bundeskanzler gerichtet und damit zwar nicht beim Adressaten, aber doch bei vielen gesellschaftlichen Gruppierungen große Resonanz gefunden. Die praktische Initiative zur Verwirklichung der Volksbe-

fragung wurde maßgeblich von der KPD getragen, die bereits im Januar 1951 in Essen den Kongreß »Rettet den Frieden« organisierte. Analoge Anstrengungen machten auch die bürgerlichen Neutralisten, darunter Mitglieder der nach dem Kriege wiederauferstandenen drei pazifistischen Verbände, mit ihrem »Deutschen Kongreß« im März 1951 in Frankfurt. Vertreter von 35 Organisationen nahmen daran teil. Hier und auf nachfolgenden Versammlungen in Bonn und Köln trat die ideologische und programmatische Heterogenität innerhalb des bürgerlichen Lagers offen zutage. Der Einigungsversuch scheiterte. Auf einer Nachfolgeveranstaltung zum Essener Kongreß im April 1951 wurde die Forderung nach einer Volksbefragung erneuert. Zehn Tage später jedoch verbot die Bundesregierung nicht nur die Befragung, sondern alle daran aktiv beteiligten Organisationen. Politische Unterstützung gegen das plebiszitäre »Machwerk der Kommunisten« fand sie in der Führung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften.

Die Kampagne zur Volksbefragung wurde zwar zunächst fortgesetzt, stand jedoch angesichts polizeilicher Versammlungsaufösungen, Beschlagnahmungen von Informationsmaterial und Wahlurnen sowie Verbots insbesondere kommunistischer Zeitungen unter einem denkbar ungünstigen Vorzeichen. Die Organisatoren registrierten 8781 Polizeieinsätze, 7331 Festnahmen und über 1000 Strafverfahren. Gleichwohl hatten sich nach ihren Angaben rund 9,1 Millionen Bürger gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages ausgesprochen. Der Kampagne haftete allerdings das Stigma an, sie verfolge das Ziel – so die regierungsamtliche Deutung –, »die Bevölkerung des Bundesgebiets für einen kommunistischen Umsturzversuch reif zu machen«. Unbeeindruckt von solchen Verdächtigungen setzten sich in der Folgezeit vorübergehend jugendliche Aktionsgruppen aus kirchlichen, pazifistischen, sozialdemokratischen und sozialistischen Kreisen für eine Neutralitätspolitik ein, riefen zu »direkten Aktionen« des Widerstands gegen die Wiederbewaffnung auf und erklärten, sich nicht an einer Musterung für den Wehrdienst und an einer Kriegsproduktion beteiligen zu wollen. Trotz eines kurzfristig erlassenen Verbots der nordrhein-westfälischen Landesregierung versammelten sich im Mai 1952 rund 30000 Jugendliche zu einer Demonstration in Essen. Allerdings bröckelte diese jugendspezifische Mobilisierung bald ab. Teile der bürgerlichen Neutralisten suchten mit der Gründung der Gesamtdeutschen Volkspartei den Weg in die parlamentarische Arena. Doch weder ihnen noch den Kommunisten gelang es in der Bundestagswahl vom September 1953, die verbreitete Skepsis gegenüber Remilitarisierungsplänen in wahlpolitische Erfolge umzumünzen.

Die Spitzen von SPD und Gewerkschaften vermieden es trotz oder auch

wegen des anhaltenden Widerstands auch in ihren eigenen Reihen gegen die Wiederbewaffnung, sich prinzipiell in der einen oder anderen Richtung festzulegen. Mit der Frankfurter Paulskirchenversammlung im Januar 1955 und zahlreichen Parallelveranstaltungen schien die Bewegung gegen die Wiederbewaffnung einen neuen Aufschwung zu nehmen. Bemerkenswert war insbesondere die vormals unerreichte Breite des sich nun abzeichnenden Aktionsbündnisses. Es sollte vor allem darum gehen, die Festschreibung der Spaltung Deutschlands zu verhindern und in diesem Sinne die parlamentarische Willensbildung zu beeinflussen. Doch die unerwartet klare Zustimmung des Deutschen Bundestages zu den Pariser Verträgen im Februar 1955 ließ auch diese Initiative schnell abklingen.

Der Schritt von der Wiederbewaffnung der Bundesrepublik zu ihrer atomaren Aufrüstung war letztlich nur die logische Konsequenz des eingeschlagenen Wegs. Doch er führte zu einer überraschend breiten und heftigen Welle des Protests. Eine katalysatorische Funktion hierfür hatte die »Erklärung der Göttinger Achtzehn« vom April 1957. Führende Atomwissenschaftler der Bundesrepublik forderten den ausdrücklichen und freiwilligen Verzicht auf Atomwaffen und erklärten ihre Absicht, sich in keiner Weise an der Herstellung, Erprobung oder dem Einsatz von Atomwaffen zu beteiligen. Anders als zuvor konnte dieser Vorstoß nicht irgeleiteten Idealisten oder kommunistischen Umstürzern zugeschrieben werden. Es folgte eine Flut von zustimmenden Reaktionen, eine Unterschriftensammlung im Mai 1957, die Gründung eines »Bürgerkomitee gegen Atomgefahren«, ein Appell von 44 Professoren an die Gewerkschaften und eine erste größere Protestkundgebung im Februar 1958 in Tübingen, die vom Ortsverband der SPD und dem lokalen SDS mitorganisiert worden war. Kurz darauf kam es unter weitgehender Beteiligung der Gruppierungen, die auch die Paulskirchenbewegung des Jahres 1955 getragen hatten, zur Gründung des Ausschusses »Kampf dem Atomtod«, der dann bereits im März 1958 seine Auftaktkundgebung in Frankfurt und im April eine Großkundgebung mit rund 150000 Teilnehmern organisierte. In der Folge entstanden in zahlreichen Städten regionale und lokale Ausschüsse, Komitees und Unterstützergruppen, in denen viele Sozialdemokraten und Gewerkschafter mitarbeiteten. Forderungen nach gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen bis hin zu einem Generalstreik gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr stießen allerdings bei den Gewerkschaftsführungen auf taube Ohren.

Noch während auf lokaler und regionaler Ebene weitere Aktionskomitees gegründet wurden, begannen die stärker auf Wahlerfolge, sozialen Frieden und Probleme der Arbeitswelt bedachten Spitzen von Sozialdemokratie und Gewerkschaften bereits von der Protestbewegung abzurücken. Einzelne Ausschüsse bestanden zwar noch Jahre fort; doch die Be-

wegung insgesamt hatte ihren organisatorischen Rückhalt verloren. Sie zerfaserte und zerfiel, ohne daß allerdings ihr Anliegen in Vergessenheit geraten wäre.

Vor allem die humanistisch und religiös orientierten Pazifisten zogen aus den vorangegangenen Erfahrungen mit den Großorganisationen der Linken den Schluß, sich stärker auf eigene Kräfte und Aktionsformen zu besinnen. Den ersten sichtbaren Auftakt bildete ein kurzfristig geplanter Protestmarsch im Jahr 1960 mit rund 1000 Marsch- und Kundgebungsteilnehmern gegen die Stationierung einer Raketenbatterie in Bergen-Hohne bei Celle. Für die Initiatoren waren hierbei die Ostermarschbewegung der britischen Campaign for Nuclear Disarmament und entsprechende Aktivitäten in anderen Ländern richtungweisend. Im Unterschied zu vorangegangenen Bewegungen hielt man nun zu Großorganisationen bewußt Distanz. Allerdings wurde das Prinzip des lockeren, auf individuellem Engagement basierenden Aktionsverbundes durch einen mit weitgehenden Kompetenzen ausgestatteten »zentralen Ausschuß« und einen kurz darauf entstandenen »ständigen Arbeitsausschuß« konterkariert.

Neben den jährlichen Ostermärschen mit ständig wachsenden Teilnehmerzahlen (1961: 23000; 1964: 100000; 1966: 145000; 1968: 300000) wurden zu verschiedenen Anlässen (»Antikriegstag am 1. September, Hiroshima-Tag am 6. August, Kernwaffenversuche, Kuba-Krise usw.) auch kleinere Aktionen wie Mahnwachen und Informationsstände, Unterschriftensammlungen und Informationsveranstaltungen durchgeführt.

Die zunächst stark auf dem moralischen Engagement von Einzelpersonen gründende Bewegung vollzog einen schrittweisen Politisierungsprozeß. Das Ergebnis waren immer offensivere Forderungen nach der Einstellung von Atomwaffenversuchen und Atomwaffenproduktion, dem Verzicht auf die Stationierung atomar gerüsteter Truppen auf deutschem Territorium und nach einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa. Ab Mitte der 60er Jahre verbreiterte sich die Bewegung noch einmal thematisch und personell. Das Anliegen der Opposition gegen die Notstandsgesetze wurde aufgegriffen. Die beginnende Studenten- und Schülerbewegung überschwemmte die alten Kerne der Ostermarschbewegung, deren thematischer Brennpunkt zunehmend von anderen Themen überlagert wurde (Beteiligung an Aktionen gegen den Springer Verlag; Vietnamkrieg; Demokratisierungsforderungen). Der Ostermarsch von 1968 war zwar äußerlich der Höhepunkt der Bewegung; doch hatte sich inzwischen die Studentenbewegung mit ihren Themen und Aktionen zum treibenden Motor der außerparlamentarischen Opposition entwickelt, die nun definitiv über den engen Rahmen der Ostermarschbewegung hinausgewachsen war.

Revolutionäre Ungeduld: Die Studentenbewegung

Die Studentenbewegung, die ab 1966 an Schwungkraft gewann, speiste sich aus mehreren Wurzeln. An den Universitäten selbst bildete der bereits 1961 aus der SPD ausgeschlossene Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) das politisch-organisatorische und intellektuelle Zentrum. Die Aktivitäten des SDS konzentrierten sich zunächst stark auf den hochschulpolitischen Bereich, ohne freilich darauf beschränkt zu bleiben. Dies zeigen etwa der Frankfurter »Kongreß für Demokratie – gegen Restauration und Militarismus« im Mai 1959 oder Berliner Aktionen gegen Vertreter des autoritären Franco-Regimes im Juli 1961.

Eine zweite Wurzel bildete die Ostermarschbewegung, wobei sich ab 1965 die Proteste gegen den Vietnamkrieg als naheliegende Brücke zwischen der Friedensbewegung und der aufkeimenden Studentenbewegung anboten. (Erste größere einschlägige Aktionen der Studenten waren die Viet-

Die studentischen Revolutionäre – mit und ohne Krawatte – während des Internationalen Vietnam-Kongresses im Auditorium maximum der TU Berlin. Am Rednerpult K. D. Wolff, auf dem Podium v.l.: Klaus Meschkat, Johannes Agnoli (Assistenten der FU), Christian Semler (SDS), Gaston Salvatore (Chile), Rudi Dutschke, Günter Amendt (Studentenvertreter der TU), Kurt Steinhaus und Tariq Ali (Pakistan).



nam-Ausstellung des Berliner SDS im Dezember 1965 und die Plakataktion »Amis raus aus Vietnam« im Februar 1966, welche die Verhaftung von vier SDS-Mitgliedern und damit wiederum eine Demonstration mit einer Sitzblockade sowie Eierwürfe auf das Berliner Amerikahaus nach sich zogen.)

Eine dritte Wurzel der Studentenrevolte war die Protestbewegung gegen die Notstandsgesetze. Nach einer längeren Anlaufphase nahm diese Bewegung einen unerwarteten Aufschwung durch die »Spiegelaffäre«. Mit den Kongressen »Demokratie vor dem Notstand« (Mai 1965 in Bonn mit 1500 Teilnehmern) und »Notstand der Demokratie« (Oktober 1966 mit 5000 Teilnehmern in Frankfurt; Abschlußkundgebung mit 20 000 Teilnehmern) erreichte die Kampagne einen ersten Höhepunkt. Nicht zu Unrecht wurden die Pläne zur Verankerung einer Notstandsregelung in der Verfassung – ein erster Entwurf war bereits 1960 vorgelegt worden – als innenpolitisches Komplement zur Militarisierung gesehen. Hieraus ergaben sich naheliegende thematische Brückenschläge und personelle Verbindungen zwischen der Ostermarschbewegung und deren Vorläufern einerseits und der Notstandsopposition andererseits. Charakteristisch für die Bewegung gegen die Notstandsgesetze war das enge Bündnis zwischen Intellektuellen, kritischen Kirchenvertretern und Gewerkschaften. Nicht nur die IG Metall als deren entschiedenste und mächtigste Bastion, sondern alle Einzelgewerkschaften hatten in offiziellen Beschlüssen die Notstandsregelung zunächst abgelehnt. Entsprechend spannungsreich war zunächst das Verhältnis zur SPD, die bereits frühzeitig der Notstandsregelung zuneigte. Während sich unter dem Einfluß der Studentenbewegung Teile der Notstandsopposition radikalisierten, diese Gruppierungen nahezu flächendeckende Einzelaktionen durchführten und im Mai 1968 mit dem Sternmarsch auf Bonn den Höhepunkt der Massenmobilisierung erreichten, war der DGB mit seiner parallelen Veranstaltung in Dortmund bereits sichtbar aus der Bewegung ausgeschert. Wochen später versagten auch die letzten Einzelgewerkschaften dem »Kuratorium Notstand der Demokratie« ihre Unterstützung und entzogen damit der Bewegung – in bemerkenswerter Parallelität zu ihrem Verhalten gegenüber der »Kampf dem Atomtod«-Opposition – ihr wichtigstes organisatorisches Fundament und einen Teil ihrer Massenbasis. Dieser Schritt besiegelte zugleich die Absorption der Notstandsopposition durch die Studentenbewegung.

Eine vierte bedeutende, wenngleich aufgrund ihrer schwachen personellen Basis vielfach unterschätzte Wurzel der Studentenbewegung bildete das subkulturelle Milieu der künstlerischen Avantgarde, die sich in den losen Netzwerken der Situationistischen Internationale und der Subversiven Aktion zusammengefunden hatte. Hier liegt eine der Quellen für die

von der Studentenbewegung praktizierten neuen Aktionsformen, für phantasievolle, gegen das Spießbürgertum gerichtete provokative Akte («Politik als Happening»). Von hier kamen auch wesentliche Impulse für die lebenspraktischen politischen Experimente der Wohnkommunen oder für die Praxis der antiautoritären Erziehung.

Der externe Verlauf der Studentenrevolte mit ihren Kongressen, Streiks und Besetzungen sowie Demonstrationen und Blockaden stand hinreichend im Blickpunkt der Öffentlichkeit, so daß hier einige allgemeinere Charakterisierungen genügen mögen.

Die Studentenbewegung unterschied sich in mehrfacher Hinsicht von den meisten vorangegangenen Protestbewegungen. Zum einen hatte sie aufgrund ihrer Verankerung in den Hochschulen eine sehr selektive Rekrutierungsbasis und einen klaren räumlich-sozialen Bezugspunkt. Das erleichterte einerseits die interne Mobilisierung, setzte jedoch andererseits der externen Mobilisierung Grenzen. Dies, aber auch ihr verbalradikaler, revolutionärer Impuls sowie ihre spontaneistischen Aktionselemente erklären auch die Distanz der auf parlamentarisches Engagement bzw. auf Sozialpartnerschaft eingeschworenen Großorganisation von SPD und Gewerkschaften. In ihrem Anliegen der Demokratisierung des Bildungssystems und der Gesamtgesellschaft oder in ihrer Kritik am Engagement der USA in Vietnam fand sie zwar die diffuse Zustimmung dieser Organisationen; in ihren provokativen Regelverletzungen und ihrer politischen Radikalität stieß die Bewegung jedoch nicht nur dort, sondern in der breiten Öffentlichkeit auf Skepsis oder gar aggressive Ablehnung. Sie schuf damit weitgehend ungewollt ein Klima für Repressionsmaßnahmen, was die Revoltierenden wiederum zu verschärfter Radikalität veranlaßte, welche in die späteren terroristischen Akte mündete.

Ogleich der SDS das politische Herzstück der Studentenbewegung darstellte, war die Bewegung insgesamt keineswegs zentral koordiniert und strategisch angeleitet. Die gesamte Ereigniskette, angefangen von den ersten Protestversammlungen, Streiks, Demonstrationen und Kongressen des Jahres 1965, dann den Schüssen auf Benno Ohnesorg (Juni 1967) und Rudi Dutschke (April 1968), den Straßenschlachten und Massendemonstrationen, schließlich den internen Flügelkämpfen, der Selbstauflösung des SDS und der endgültigen Aufsplitterung der Bewegung, unterlag keiner Regie oder inneren Zwangsläufigkeit. Dieser nur wenige Jahre währende Spannungsbogen zeigt, daß sich hier weitgehend naturwüchsig eine Dynamik von Aktion und Reaktion entfaltet hatte, die sich am Ende gegen die Studentenbewegung kehrte. Nicht zuletzt verstärkte ihre soziale Isolierung, die – anders als in Italien und Frankreich – lediglich gegenüber der kritischen Intelligenz und der Schülerschaft durchbrochen wurde, einen Radikalisierungsprozeß auf immer schmalere sozialer Basis. Darin

offenbarte sich ein Erfahrungsverlust, wie er am deutlichsten in den Grabenkämpfen kommunistischer Splitterparteien und den terroristischen Aktionen zutage trat. Erste Anzeichen für diesen Auflösungsprozeß waren bereits gegen Ende des Jahres 1968 erkennbar an der internen Fraktionierung des SDS (der Frankfurter »Weiberrat« kritisierte auf der Hannoveraner Delegiertenkonferenz im November 1968 den »Kanon einander bekämpfender Fraktionen«) und der zerbröselnden Boykottbewegung an der Frankfurter Universität im Januar 1969.

Unmittelbare institutionelle Erfolge blieben der Studentenbewegung weitgehend versagt. Selbst die von ihr erkämpften universitären Mitbestimmungsrechte (Drittelparität) wurden später wieder kassiert. Kaum zu überschätzen sind jedoch die eher tiefgründigen Langzeitwirkungen der Studentenbewegung auf das Alltagsleben und die politische Kultur – ihr Beitrag zum unverkrampfteren Umgang mit Autoritäten, das Zurückdrängen des plumpen Antikommunismus, die Verstärkung partizipativer Forderungen, die kritischere Sicht auf den parlamentarischen Betrieb und die Mechanismen der Massenmedien, vor allem: die Sensibilität für die Widersprüche zwischen demokratischen Idealen und politischer Praxis.

Der wohl wichtigste greifbare Effekt der Studentenbewegung ist darin zu sehen, daß sie nachfolgende, freilich höchst eigenständige Protestbewegungen auf den Weg gebracht oder zumindest inspiriert hat. Dies gilt sicherlich für die Frauenbewegung und die Bürgerinitiativen, die sich bereits parallel zur Studentenbewegung entfalteten.

Politisierung des Alltags: Frauenbewegung und Bürgerinitiativen

Die autonome Frauenbewegung, die sich aus guten Gründen rückblickend als »neu« bezeichnet, hat sich unmittelbar aus der Studentenbewegung entwickelt. Es bestanden zu dieser Zeit keine Verbindungslinien zu den bürgerlichen (Einzelverbände des Deutschen Frauenrats) und den sozialistisch-kommunistischen Frauenorganisationen der Bundesrepublik (Demokratischer Frauenbund Deutschlands, Westdeutsche Frauenfriedensbewegung). Diese Organisationen suchten an ihre Traditionen vor 1933 anzuknüpfen, führten jedoch faktisch ein Schattendasein. Erste Gruppierungen der neuen Frauenbewegung wie der Frankfurter »Weiberrat« oder der Berliner »Aktionsrat zur Befreiung der Frau« waren Teile, zugleich aber bereits Entmischungsprodukte der Studentenbewegung. Ihre Entstehung verdanken sie dem eklatanten Widerspruch zwischen einer sich emanzipatorisch verstehenden Bewegung und der faktischen



Gewalt gegen Frauen und was frau dagegen tun kann.

Nachordnung der Frauen in der studentischen Politik und insbesondere innerhalb des SDS.

Zunächst ging es primär um die Theorie und Praxis einer sozialistischen Politik im Rahmen der im Prinzip akzeptierten studentischen Organisation. Doch schon bald führte der alte Streit um den Stellenwert der Klassenfrage im Verhältnis zur Geschlechterfrage zu einer Ausdifferenzierung von Gruppen und Strömungen, die lange Zeit bestimmend blieb. Einige orthodox-marxistische Frauenzirkel wandten sich der DKP zu, andere, undogmatischere sozialistische Gruppen wie der Berliner »Aktionsrat« und spätere »Sozialistische Frauenbund« behielten ihre organisatorische Autonomie bei; ein dritter Strang pochte auf die strikte Separierung von männerdominierten Organisationen und rückte die Patriarchatskritik gegenüber der Kapitalismuskritik in den Vordergrund; er entwickelte sich zum Kern der feministischen Bewegung im engeren Sinne.

Doch erst die nach französischem Vorbild gestartete Kampagne gegen die Abtreibungsregelung, die mit der Selbstbezeichnung von 374 Frauen in der Illustrierten »stern« (»Wir haben abgetrieben«) einen medienwirksamen Auftakt fand, durchbrach die Enge und Theorielastigkeit der bestehenden universitären Frauenzirkel. Nun hatte die diffuse Unzufriedenheit einen thematischen Brennpunkt und ein konkretes Ziel gefunden; nun war Raum für praktische Aktionen, für die Benennung von Bündnispartnern und Gegnern. Die Kampagne gegen den § 218 bedeutete eine entscheidende gesellschaftliche Öffnung für die Anliegen der Frauengruppen. Bis Mitte der 70er Jahre, dem Zeitpunkt der endgültigen Neuregelung der Abtreibungsfrage, dominierte diese Kampagne die Aktivitäten der Frauengruppen. Allerdings wurde schon zuvor das Themenspektrum erweitert (Gewalt gegen Frauen, Benachteiligung in der Arbeitswelt, Kritik sexistischer Sprache). Parallel dazu entstand ein weitgehend informelles organisatorisches Netz in Form von Frauenzentren, Frauenunitreffen, nationalen Delegiertenkonferenzen und sonstigen Kongressen. Hinzu kamen dann Frauenbuchläden und Frauenverlage (ab 1975), Frauenkneipen, Frauenhäuser und die alljährliche Frauensommeruniversität in Berlin (ab 1976), schließlich überregionale Frauenzeitschriften (Courage und Emma 1976/77).

In der zweiten Hälfte der 70er Jahre setzte dann ein Boom von Selbsterfahrungsgruppen, Schreibwerkstätten, therapeutischen Zirkeln, Frauengesundheitsgruppen, Frauenwohngemeinschaften und projektzentrierter Frauenarbeit ein, während zugleich größere öffentliche Protestaktionen ausblieben. Nach außen hin, aber selbst für manche frauenbewegte Beobachterinnen schien es, als habe die Bewegung ihren Zenit bereits überschritten. Faktisch jedoch handelte es sich eher um eine Konsolidierungsphase, verbunden mit einer wenig spektakulären, wenn-

gleich durchaus erfolgreichen alltagsweltlichen Sensibilisierung für frauenspezifische Probleme. Anders als vorangegangenen Bewegungen war es der Frauenbewegung gelungen, sich durch den Aufbau einer eigenen, autonomen Infrastruktur zu stabilisieren und auf dieser Basis weit in andere gesellschaftliche Bereiche – etwa Parteien, Gewerkschaften und berufsständische Vereinigungen – hineinzuwirken.

Zeitlich parallel zur Frauenbewegung, jedoch nicht im unmittelbaren Kontext der Studentenbewegung, waren vorwiegend in den Städten zahlreiche Bürgerinitiativen entstanden. Es handelte sich in der Anfangsphase überwiegend um isoliert voneinander agierende Gruppen, denen es um Beseitigung einzelner Mißstände vor allem in den Bereichen Wohnen, Verkehr und soziale Randgruppen ging. Gemeinsam war den meisten dieser Gruppen neben dem Formprinzip der losen Basisinitiative der Anspruch, in aktivem bürgerschaftlichen Engagement auf Verwaltungen und Parteien einzuwirken, ohne selbst in partei- oder verbandsförmigen Organisationen aufzugehen. Die Bürgerinitiativen erstrebten nicht nur materielle äußere Verbesserungen, sondern suchten in ihrer Mehrheit Demokratie lebenspraktisch zu realisieren. Das galt für ihre Einmischung in kommunale Angelegenheiten, die bislang weitgehend Sache der »Entscheidungseliten« waren, wie für die Versuche, ein egalitäres Binnenverhältnis zu realisieren.

Das Formprinzip der Bürgerinitiative war die vielleicht erfolgreichste Innovation der politischen Kultur der späten 60er und der 70er Jahre, wie die schnell wachsende Zahl von Bürgerinitiativen und deren breite Anerkennung bei der Gesamtbevölkerung zeigen. Im Vergleich zur Studenten- und zur Frauenbewegung spielte der theoretische und ideologische Diskurs für die Bürgerinitiativen keine große Rolle. Nicht die Umwälzung der Gesamtgesellschaft, sondern konkrete, überschaubare Vorhaben wurden angestrebt. Dominierend waren eine pragmatische Grundhaltung und das Bemühen, ideologisch und parteipolitisch nicht vereinnahmt zu werden. Die selektive, eher partikulare Problemorientierung hatte allerdings auch zur Folge, daß mit Ausnahme des Umweltbereiches die Bürgerinitiativen kaum zu überregionalen Aktionen zusammenfanden und insoweit auch keine allzu stabilen Kommunikations- und Organisationsstrukturen entwickelten.

In ihrer Außenwirkung kamen den Bürgerinitiativen sicher ihr dominierender Mittelschichtcharakter, ihr hoher Akademikeranteil und damit verbundene Artikulations- und Einflußchancen zugute. Die Erfolgsbilanz dieser Gruppierungen fällt sehr differenziert aus. Neben der Erfüllung von Anliegen einzelner Initiativen sind im lokalen Bereich viele Teilerfolge, aber auch glatte Mißerfolge zu verzeichnen. Abgesehen von lokalen Partizipationsexperimenten hatten die Bürgerinitiativen jedoch



Spiel und Ernst – in wenigen Stunden wird das Anti-Atomdorf der »Freien Republik Wendland« zerstört sein.

keine grundlegenden institutionellen Reformen erreichen können. Die praktische Bedeutung von Beteiligungs- und Einspruchsrechten, wie sie etwa im Städtebauförderungsgesetz von 1971 fixiert wurden, ist nicht allzu hoch zu veranschlagen. Allerdings sollte nicht unterschätzt werden, daß allein die Existenz oder Wahrscheinlichkeit von aktivistischen Bürgergruppen sich bereits im Vorfeld mäßigend auf viele Planungs- und Modernisierungsprozesse ausgewirkt und diesen ein Stück ihres technokratischen Charakters genommen haben dürfte.

Gegen die Logik des Produktivismus: Anti-Atomkraft- und Ökologiebewegung

Bereits bei einem Teil der Bürgerinitiativen stand nicht die demokratisch-emanzipatorische Offensive, sondern eindeutig die Abwehr unerwünschter Folgelasten von Industrialisierungs- und Modernisierungsprozessen im Vordergrund. Diese reaktive und defensive Orientierung bestimmte zwangsläufig all jene Gruppierungen, die sich in grundlegender Weise, und bald auch in enger Kooperation bis hin zur nationalen und übernationalen Ebene, dem Umweltthema zuwandten. Dieses Anliegen war in der Bundesrepublik zunächst eher von etablierter Seite forciert worden. In diesem Sinne wirkten die Proklamation des europäischen Naturschutzjahres (1970), das Umweltprogramm der Bundesregierung (1970), die erste Veröffentlichung des Club of Rome (1971) und die Stockholmer Umweltschutzkonferenz (1972).

Die zeitliche und räumliche Dimension des ökologischen Problems, sichtbar etwa an der Studie zu den »Grenzen des Wachstums«, machte allen hierfür Sensibilisierten deutlich, daß kleine, allein auf örtliche Probleme bezogene und deshalb auch weitgehend isoliert voneinander agierende Bürgerinitiativen hoffnungslos überfordert waren. Somit formierten sich schon Anfang der 70er Jahre regionale Aktionsbünde und mit der Gründung des Bundesverbandes Umweltschutz im Jahr 1972 auch eine nationale Organisation.

Doch nicht der Umweltschutz im allgemeinen, wie es die Namen regionaler und nationaler Allianzen vermuten lassen könnten, sondern das Thema »Atomkraftwerke« bildete den über Jahre dominierenden Aktivitätsschwerpunkt der Ökologiebewegung. Obgleich einzelne Proteste gegen atomare Anlagen bis in die 60er und sogar die 50er Jahre zurückzuverfolgen sind, kam es erst in den frühen 70er Jahren zu signifikanten regionalen Protestaktionen gegen Atomkraftwerke. Allerdings hing es sehr von den jeweiligen örtlichen Bedingungen ab, ob und in welchem Ausmaß Widerstandsaktionen stattfinden konnten. Während etwa 1972/

73 im badischen Breisach der frühzeitige und entschiedene Protest gegen ein dort geplantes Atomkraftwerk die Preisgabe des Standortes – und die Verlegung ins benachbarte Wyhl – zur Folge hatte, regte sich gegen gleichartige und gleichzeitige Bauprojekte an anderen Orten (z. B. Biblis) kein nennenswerter Widerstand.

Mit den Ereignissen von Wyhl, insbesondere der mehrmonatigen Platzbesetzung von 1975, erlangte allerdings der antiatomare Protest schnell Breitenwirkung und bundesweite Aufmerksamkeit. Beschränkten sich zuvor gesellschaftliche Gruppen und Umweltschutzverbände vor allem auf argumentative Einwände – sichtbar etwa an den vom Bundesforschungsministerium dokumentierten Stellungnahmen zum vierten Atomprogramm im Jahr 1974 –, so verlagerte sich nach Mitte der 70er Jahre der Schwerpunkt auf langwierige gerichtliche Auseinandersetzungen und zum Teil sehr handgreifliche Protestaktionen.

Anders als in Wyhl, wo eine massenhafte und geschlossene Protestbewegung mit starkem Rückhalt bei der regionalen Bevölkerung letztlich das Projekt entscheidend verzögern und schließlich seine Preisgabe erreichen konnte, führten die Großdemonstrationen und zuweilen gewaltsamen Proteste an verschiedenen anderen Standorten zu keinem definitiven Erfolg der Atomkraftgegner. 1977, mit den Auseinandersetzungen um die geplanten Kraftwerke in Brokdorf, Grohnde, Kalkar und im französischen Malville, erreichte die Anti-AKW-Bewegung ihren ersten Höhepunkt und machte den Streit um die Atomkraft zum dominierenden innenpolitischen Thema. Zugleich aber mußte die Bewegung erfahren, daß angesichts des paramilitärisch gerüsteten Polizeiparats Atomkraftwerke nicht auf dem Wege von Platzbesetzungen oder gar »Feldschlachten« zu verhindern waren. Nachdem nun ihrerseits die Befürworter der Atomkraft – u. a. mit von den Gewerkschaften zentral organisierten Großdemonstrationen – mobil gemacht und sich die Bevölkerung in der Frage der Atomenergie in nahezu gleich große Lager gespalten hatte, kam es auch auf politischer Ebene zu einer Patt-Situation. Dies brachte immerhin eine Reduzierung und Verzögerung des Atomprogramms mit sich. In der Folge gingen die Protestaktivitäten zurück. Der anhaltende und partiell erfolgreiche Widerstand gegen den Bau eines »nuklearen Entsorgungszentrums« (einschließlich Endlager und Wiederaufarbeitungsanlage) im niedersächsischen Gorleben, die bis dahin größten Protestkundgebungen im Frühjahr und Herbst 1979 in Hannover bzw. Bonn, schließlich eine ähnlich große Demonstration im Februar 1981 bei Brokdorf signalisierten jedoch, daß die Mobilisierungsfähigkeit der Anti-AKW-Bewegung keineswegs nachgelassen hatte, wenngleich das vormalige dichte Netz von lokalen Protestinitiativen ausgedünnt war und sich viele Aktivisten der Friedensbewegung zuzuwenden begannen.

Parallel zum Aufstieg der Anti-Atomkraftbewegung hatten ganz generell Fragen des Umweltschutzes und der Ökologie an Bedeutung gewonnen. Wurde zunächst noch versucht, den nun allenthalben präsenten Umweltschutzgruppen mit dem Arbeitsplatzargument zu begegnen, so glaubten doch wachsende Kreise der Bevölkerung, daß die Mißachtung ökologischer Belange in langfristiger und gesamtwirtschaftlicher Perspektive auch die Bedingungen des ökonomischen Fortschritts untergraben würde. Somit fanden die Gruppierungen und Organisationen des Umweltschutzes, darunter auch der Bund für Umweltschutz Deutschland (gegr. 1975), Greenpeace Deutschland (1981) und sein radikaldemokratischer Ableger Robin Wood (1982) Zulauf und Sympathie.

Während sich die nationalen Organisationen vorwiegend der großen, flächendeckenden Probleme – einschließlich der Gesetzgebung und Handhabung des Umweltrechts – annahmen, intervenierten auf lokaler und regionaler Ebene überwiegend kleinere Gruppierungen und Aktionsbündnisse mit Blick auf konkrete Planungsprozesse, umweltrelevante Bauvorhaben und bereits bestehende Belastungsfaktoren. Einzelne regionale Konflikte gewannen freilich eine Symbolfunktion für die gesamte Umweltbewegung und bündelten ein breites Spektrum von Protestgruppen. Ein herausragendes Beispiel hierfür waren die langjährigen und heftigen Auseinandersetzungen um die Startbahn West des Frankfurter Flughafens.

Letztlich erwiesen sich jedoch die ökologischen Probleme als zu vielfältig und in ihrer Eigenart als zu spezifisch, um in ihrer Gesamtheit eine geschlossene Bewegung stimulieren zu können. Unter dem eher plakativ hochgehaltenen als tatsächlich handlungspraktischen bedeutsamen Nenner der Ökologiebewegung agierten in Wirklichkeit viele themen- und projektzentrierte Teilbewegungen. So kristallierten sich seit den späten 70er Jahren eigenständige Aktionsnetze von Gruppen in den Bereichen Verkehr (mit wiederum spezifischen Netzwerken z. B. der Initiativen gegen militärische Tiefflüge oder zur Eindämmung des Individualverkehrs), Chemie, Landwirtschaft, Ernährung und Gesundheit oder Umweltprobleme in der Dritten Welt heraus. All diese Gruppen waren und sind nicht oder nur über sehr viele Vermittlungsstufen miteinander verbunden. Auch die Partei der Grünen, die direkt aus den Umweltinitiativen der 70er Jahre hervorgegangen ist, kann lediglich einen kleinen Teil dieser Aktivitäten organisatorisch verklammern und in die Massenmedien und/oder das Parlament vermitteln.

Das Engagement all dieser Gruppen trug ganz erheblich zum hohen, wenngleich oft lediglich rein deklamatorisch bekundeten Rang des Umweltschutzes bei. Keine Partei, keine gesellschaftliche Organisation, die es sich noch leisten könnte, ausdrücklich Umweltbelange zu ignorieren.

Längst hat es auch die Produktwerbung und eine eigene Umweltschutzindustrie verstanden, aus der Not der Umweltproblematik Kapital zu schlagen.

Ausdifferenzierung und Stabilisierung des Bewegungssektors

Die teils bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen an den Bauzäunen von Atomkraftwerken im Jahr 1977 wie auch die Terroristenhysterie des »Deutschen Herbstes« im selben Jahr bedeuteten eine seit der Studentenbewegung nicht mehr gekannte innenpolitische Konfrontation. Zwar verloren diese beiden Konfliktherde in den folgenden Jahren an Sprengkraft; doch insgesamt schien sich die Bundesrepublik immer stärker in die Lager der »alten und der alternativen Politik« (Kurt Sontheimer) zu spalten. Nicht von ungefähr machte in dieser Zeit das Wort von den »zwei Kulturen« (Peter Glotz) die Runde; nicht von ungefähr stellten auch Sympathisanten der Alternativbewegung die Frage »Autonomie oder Getto?« (Wolfgang Kraushaar).

Alternativbewegung – das war in den späten 70er Jahren ein diffuser Sammelbegriff für die Vielfalt der Strömungen und Gruppierungen, die immer radikaler das »etablierte System« in seiner Gesamtheit herauszufordern schienen. Immerhin spiegelte der Begriff eine Ahnung, daß dieses so heterogene Protestspektrum nicht einfach ein Sammelsurium voneinander isolierter Ein-Punkt-Bewegungen darstellte, sondern daß diese durchaus einen Fundus an gemeinsamen politisch-ideologischen, sozialstrukturellen und organisatorischen Merkmalen aufwiesen, die später unter dem Stichwort »neue soziale Bewegungen« auf einen Nenner zu bringen versucht wurden.

Ab 1976/77 war die etablierte Politik zutiefst verunsichert. Ihre Repräsentanten reagierten gegenüber den Protestgruppen mit Wechselbädern der Umarmung (»die Sorgen und Nöte der Bürger ernst nehmen«) und Diffamierung (»Chaoten«, »Systemveränderer«). Nachdenklicheren Vertretern der politischen Eliten wurde deutlich, daß diese Gruppen schon aufgrund ihrer Themen wie auch ihrer breiten sozialstrukturellen Verankerung nicht so schnell wie die Studentenbewegung von der Bildfläche verschwinden würden. Unklar war aber, ob und wie die wachsende Flut von Protesten eingedämmt werden sollte.

Gemessen an der Vielfalt von Protestthemen, gemessen auch an der rein quantitativen Mobilisierungsfähigkeit der außerparlamentarischen Protestgruppen schien bis zum Höhepunkt der Friedensbewegung 1982/83 eine Aufwärtsentwicklung und Verdichtung der Protestaktionen stattzufinden. Im Frühjahr und Herbst 1979 beteiligten sich an Groß-



Zwischen 1960 und 1968 fanden alljährlich Ostermärsche mit wachsenden Teilnehmerzahlen (zuletzt 300 000 Menschen) statt. Seit 1982 wird die Tradition der Ostermärsche wieder fortgesetzt.

demonstrationen der Anti-Atomkraftbewegung jeweils rund 100000 Menschen; im Herbst 1981 versammelten sich 300000 Anhänger der Friedensbewegung in Bonn; an den Ostermärschen 1982 und einer Demonstration anlässlich des NATO-Gipfels im Juni 1982 soll sich jeweils eine halbe Million Menschen beteiligt haben. Zugleich war die Phase zwischen 1977 bis 1982/83 durch andere, intensive Konflikte markiert: Proteste um Rekrutenvereidigungen, Hausbesetzungen in Berlin, Freiburg und anderen Städten, Kämpfe um autonome Jugendzentren, um die Startbahn West und den Großflughafen München II usw.

Stärker im Schatten dieser großen Auseinandersetzungen hatte sich in jenen Jahren eine Vielfalt weiterer themenspezifischer Gruppierungen formiert oder konsolidiert. Hierzu gehören die zunehmend offensiver auftretenden Gruppen der Alten (»Graue Panther«) und der Schwulen, Bürgerrechts- und Dritte-Welt-Gruppen, Wissenschafts- und Gesundheitsläden sowie die Selbsthilfegruppen im Sozialbereich, um nur einige zu nennen.

Insgesamt hatte sich spätestens bis 1982/83 eine ausdifferenzierte »Protestkultur« mit einer komplexen Infrastruktur und relativ stabilen lokalen Bewegungsmilieus entfaltet. Sie bildete die Voraussetzung für jene Kampagnen und Mobilisierungen – prototypisch etwa der Widerstand gegen die geplante Volkszählung 1983 –, die gleichsam aus dem Nichts zu kommen schienen. Zu dieser infrastrukturellen Basis gehören u. a. eine verzweigte Alternativpresse, die von der lokalen bis zur nationalen Ebene reicht, kleine Radiostationen, selbstverwaltete Tagungshäuser, Einrichtungen zur Projektfinanzierung wie das »Netzwerk Selbsthilfe«, ökologische Forschungsinstitute und Stiftungen, alternative Listen und grüne Parteien. Hinsichtlich ihrer Mobilisierungskraft und ihrer strukturellen Autonomie schienen Protestgruppen immer mehr an Boden zu gewinnen, während die etablierte Politik vermeintlich immer stärker in die Defensive geriet.

Eine genauere Analyse der frühen 80er Jahre könnte freilich zeigen, daß ungeachtet aller Expansionstendenzen der Protestgruppen und der Vielzahl manifester Konfrontationen die Verunsicherung der etablierten Politik nachließ. Mit Protesten war praktisch immer und überall zu rechnen, doch lag gerade darin bereits ein Moment der Berechenbarkeit. Auch war klar, daß die Protestströmungen zu heterogen und teils auch zu gegensätzlich waren, um wirklich als eine geschlossene politische Kraft auftreten zu können.

Es fehlte an ideologischer und programmatischer Einigkeit. Dies zeigte die Verzweigung der Frauenbewegung, aber auch die Gründungsphase der Grünen – also im letzten Fall selbst jener Gruppierungen, die sich

immerhin auf den gemeinsamen Nenner des parlamentarischen Engagements geeinigt hatten.

Für interne Konflikte in nahezu allen Einzelbewegungen sorgte darüber hinaus die »Organisationsfrage«. Sie brachte eine zuweilen durchaus vorteilhafte, zuweilen aber auch lähmende Spannung zwischen außerparlamentarischem und parlamentarischem Engagement, ebenso die Spannung zwischen großen, stärker lobbyistischen Formen zuneigenden Mitgliederorganisationen und den mehr auf direkte Aktionen drängenden informellen Kleingruppen. Dieser Widerspruch konnte selbst innerhalb einer Organisation zum Tragen kommen und – wie das Beispiel des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz in den frühen 80er Jahren zeigt – zum Verlust politischer Stoßkraft führen.

Der zweite Dauerkonflikt seit 1977 war die »Gewaltfrage«, die sich vor allem mit der Formierung der »Autonomen« stellte. Während diese und noch radikalere Gruppen wie die »Revolutionären Zellen« glaubten, allein durch militantes Vorgehen und notfalls auch durch den Einsatz von Gewalt effektiven Widerstand ausüben zu können, sahen andere darin einen Irrweg, der es dem politischen Gegner erlaubte, das Anliegen der Protestgruppen insgesamt zu diskreditieren und bei der breiten Bevölkerung einen Rückhalt für repressive Gegenmaßnahmen zu erlangen.

Die genannten Widersprüche innerhalb der Protestbewegungen, von der etablierten Politik geschickt verstärkt durch eine Palette differenzierender Gegenstrategien (von Kooperationsbemühungen bis zur Kriminalisierung), erklären auch zu einem großen Teil die Serie von Niederlagen um 1982/83. In dieser Phase wurde deutlich, daß viele der heiß umstrittenen Projekte wie Startbahn West, Münchner Großflughafen, Atomkraftwerk in Brokdorf, atomare Zwischenlager in Gorleben und Ahaus oder Rhein-Main-Donau-Kanal nicht verhindert werden konnten. Zugleich waren die Jugendproteste bereits versandet, die Hausbesetzerkonflikte in Berlin und anderen Städten weitgehend »befriedet«. Längst hingen – nach der Beendigung der »Staatsknetedebatte« um 1980 – viele alternative Projekte am Tropf kommunaler Fördermittel und Gelder der Bundesanstalt für Arbeit. Selbst mit Blick auf die so eindrucksvolle Friedensbewegung konnten Politiker lapidar feststellen: »Die demonstrieren, wir dislozieren.«

Das gesamte Repertoire des Protests war mit letztlich doch recht mäßigem Erfolg ausgeschöpft worden. Bei den Bewegungen selbst, aber auch beim politischen Publikum machten sich Ermüdungserscheinungen bemerkbar. Die Aufbruchstimmung der Frauenbewegung, die Zuversicht der Anti-Atomkraftbewegung, die Vision der Ökologiebewegung von einer anderen, »sanften« Gesellschaft, der noch 1980 auf dem Berliner TUNIX-Kongreß (TUNIX: ein selbstironisches Kürzel im Sinne von

»wir tun nichts mehr für diese Gesellschaft«) symbolisch bekundete Auszug aus dem »Modell Deutschland« – all dies war bereits verblaßt, zu einem Stück Protestgeschichte geworden.

Gewiß, Proteste, darunter große Massendemonstrationen wie auch handfeste Scharmützel mit Polizeikräften, blieben auch nach 1983 keineswegs aus. Einzelne Konfliktpunkte wie der Streit um die Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf, die Volkszählung von 1987 oder die Aktionen anlässlich der Tagung von Weltbank und Internationalem Währungsfonds 1988 in Berlin zeigen, daß die Protestbewegungen noch lange nicht am Ende sind. Unberechenbare äußere Ereignisse wie etwa die Katastrophe von Tschernobyl können einer eher lethargisch gewordenen Protestbewegung neuen Auftrieb verleihen. Auch zeichnen sich neue Konfliktthemen, etwa die Politisierung von Gen- und Reproduktionstechnologien, am Horizont der Protestzukünfte ab. Schließlich hat sich quer durch alle Kampagnen und Konflikte der vergangenen Jahre und Jahrzehnte ein kritisches, gleichsam frei flottierendes Potential angesammelt, das sich binnen kürzester Zeit an einen zunächst eher nebensächlich erscheinenden Konflikt anlagern und ihn zum bundesweiten Politikum erheben kann. Doch insgesamt scheint sich die bis 1982/83 währende intensive Spannung und schroffe Konfrontation abzuschwächen. Die Grundhaltung des Protests ist pragmatischer, nüchterner geworden. Statt kühner Gesellschaftsentwürfe sind eher Konzepte zur Beseitigung des Industiemülls gefragt. Nicht der frontale Kampf gegen »das System«, sondern bestenfalls die kleine Widerständigkeit *innerhalb* des Systems steht für die meisten Protestgruppen auf der Tagesordnung.

Brüche und Kontinuitätslinien

Die bisherige Geschichte der Bundesrepublik, die üblicherweise als eine Sequenz von Wahlperioden, Entscheidungen der Eliten, aber auch von Skandalen geschrieben wird, ist auch eine Geschichte von Protestbewegungen. Bilanziert man die zurückliegenden Jahrzehnte als Protestgeschichte, so wird sie nur in ihrer Doppelnatur von Brüchen und Kontinuitäten verständlich.

Brüche werden vor allem durch den jähen Fall von Protestbewegungen, das oft atemberaubende Tempo ihrer Themenwechsel markiert. Die diversen Einzelbewegungen haben Anfänge, Höhepunkte und Niedergänge; sie sind von »vorgefundenen Problemlagen«, jeweiligen politischen Rahmenbedingungen und generationsspezifischen Erfahrungen geprägt. So gesehen haben die Abrüstungskampagnen der 50er und 80er Jahre wenig gemeinsam; so gesehen wird auch die Distanz derer spürbar,

die sich als »78er Generation« von der »68er Generation der APO-Opas« absetzen. Die Studentenbewegung markierte eine ideologische und strukturelle Zäsur gegenüber der Alten Linken; die Frauenbewegung der 70er Jahre wie die Friedensbewegung der 80er Jahre etikettierte sich jeweils als »neu«; die alternativen Projekte entwickelten sich losgelöst von den Traditionslinien der Selbsthilfeorganisationen der Arbeiterbewegung, welche spätestens in den Nachkriegsjahrzehnten zu kommerziellen, bürokratischen Großorganisationen verkommen waren.

Und doch werden jenseits der themenspezifischen Kampagnen, der Verschiebung der Aktionsfelder und -formen sowie den generationsabhängigen Politikwahrnehmungen auch Kontinuitätslinien sichtbar. Dies gilt für politische Globalorientierungen, aus denen sich radikaldemokratische wie zivilisationskritische Strömungen speisen. Dies gilt für die Dauerthemen der Friedens- und Frauenproblematik. Dies gilt für bestimmte Formen der »direkten Aktion«. (Erinnert sei nur an die Besetzung der Insel Helgoland in den Jahren 1951/52 durch jugendliche Gruppen, die dort weitere Bombenabwürfe der britischen Besatzer zu Übungszwecken verhindern wollten.) Dies gilt für die organisatorische Beständigkeit etwa der pazifistischen Vereinigungen, die – von der nationalsozialistischen Ära abgesehen – bis zur Jahrhundertwende zurückreichen. Dies gilt endlich für das Jahrzehnte anhaltende Engagement von Einzelpersonen, gleich ob sie als halbprofessionelle »Bewegungsunternehmer« mühsame organisatorische Kleinarbeit leisten oder als renommierte »Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens« wider den Stachel der Selbstzufriedenheit löcken.

Kontinuitätslinien dieser Art bedeuten notwendig Kontinuität im Wandel. Die Geschichte wiederholt sich nicht. Nachfolgende Bewegungen lernen – in Grenzen – von ihren Vorgängern. Bereits die Ostermarschbewegung hatte aus früheren Erfahrungen die Konsequenz gezogen, sich nicht mehr auf die Großorganisationen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften zu verlassen. Die Studentenbewegung hatte von der Alten Linken gelernt, daß Disziplin und Geschlossenheit auch Fesseln sein können. Die neuen sozialen Bewegungen haben gelernt, daß nicht unbedingt gesellschaftstheoretische Höhenflüge, revolutionäres Pathos, spontaneistische Aktion oder die »große Weigerung« (Herbert Marcuse) Garanten emanzipatorischer Entwicklungen darstellen, sondern daß es auch des Aufbaus eigener Infrastrukturen, der langwierigen, zähen, alltäglichen Anstrengung bedarf.

Insgesamt haben die Aktivitäten der Protestbewegungen in der Bundesrepublik über vier Jahrzehnte hinweg zu einem bemerkenswerten Wandel der politischen Kultur geführt. Politik wird als konflikthafter Prozeß anerkannt; die Legitimität außerparlamentarischer und plebiszitärer Akti-

vität hat zugenommen; die Toleranzräume gegenüber »unkonventionellem politischen Verhalten« einschließlich von Aktionen des zivilen Ungehorsams wurden ausgedehnt. Vergleicht man das restaurative Klima der Ära Adenauer mit dem heutigen Stand der Dinge, so erscheint diese Entwicklung einigen Beobachtern als beunruhigend oder gar dramatisch. Manche neigen dazu, die Gesamtheit der Proteste einem höchst problematischen antirationalistischen kulturellen Erbe, gar einer »hysterie allemande« zuzuschreiben. Dagegen erscheint die Deutung angemessener, es handle sich um einen nachgeholten Normalisierungsprozeß. Die Themen der Protestbewegung, die Formen der Auseinandersetzung finden sich in praktisch allen vergleichbaren Ländern, ja sie wurden teilweise erst von dort importiert.

Literatur

- Werner Balsen, Karl Rössel, Hoch die internationale Solidarität. Zur Geschichte der Dritte-Welt-Bewegung in der Bundesrepublik, Köln 1986
- Gerhard Bauss, Die Studentenbewegung der sechziger Jahre in der Bundesrepublik und West-Berlin, Handbuch, Köln 1977
- Karl-Werner Brand, Vergleichendes Resümee, in: ders. (Hrsg.), Neue soziale Bewegungen in Westeuropa und den USA, Frankfurt am Main 1985, S. 306–334.
- Karl-Werner Brand, Detlef Büsser, Dieter Rucht, Aufbruch in eine andere Gesellschaft. Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik, Frankfurt am Main 1983, überarb. Neuausgabe 1986
- Wilfried von Bredow, Rudolf H. Brocke, Krise und Protest. Ursprünge und Elemente der Friedensbewegung in Westeuropa, Opladen 1986
- Andreas Buro, Zwischen sozial-liberalem Zerfall und konservativer Herrschaft. Zur Situation der Friedens- und Protestbewegungen, Offenbach 1982
- Theodor Ebert, Ziviler Ungehorsam. Von der APO zur Friedensbewegung, Waldkirch 1984
- Tilmann Fichter, Siegfried Lönnendonker, Kleine Geschichte des SDS, Berlin 1977
- Frauenjahrbuch 1, hrsg. und hergestellt von Frankfurter Frauen, Frankfurt am Main 1975
- Harald Glätzer, Landkommunen in der BRD – Flucht oder konkrete Utopie? Bielefeld 1978
- Bernd Guggenberger, Bürgerinitiativen in der Parteiendemokratie, Stuttgart u. a. 1980
- Ulrike Heider, Schülerprotest in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main 1984
- Walter Hollstein, Die Gegengesellschaft. Alternative Lebensformen, Bonn 1979
- Joseph Huber, Wer soll das alles ändern. Die Alternativen der Alternativbewegung, Berlin 1980

- Uli Jäger, Michael Schmid-Vöhringer, »Wir werden nicht Ruhe geben...« Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland 1945–1982. Geschichte, Dokumente, Perspektiven, Tübingen 1982
- Josef Janning, Hans-Josef Legrand, Helmut Zander (Hrsg.), Friedensbewegungen. Entwicklung und Folgen in der Bundesrepublik Deutschland, Europa und den USA, Köln 1987
- Herbert Kitschelt, Kernenergie. Arena eines gesellschaftlichen Konflikts, Frankfurt am Main 1980
- Wolfgang Kraushaar (Hrsg.), Autonomie oder Getto? Kontroversen über die Alternativbewegung, Frankfurt am Main 1978
- M. Kuckuck, Student und Klassenkampf. Studentenbewegung in der BRD seit 1967, Hamburg 1974
- Gerd Langguth, Protestbewegung. Entwicklung–Niedergang–Renaissance. Die Neue Linke seit 1968, Köln 1983
- Thomas Leif, Die professionelle Bewegung, Friedensbewegung von innen, Bonn 1985
- Ulrich Linse, Reinhard Falter, Dieter Rucht, Winfried Kretschmer, Von der Bittschrift zur Platzbesetzung. Konflikte um technische Großprojekte, Bonn 1988
- Peter Cornelius Mayer-Tasch, Die Bürgerinitiativbewegung. Der aktive Bürger als rechts- und politikwissenschaftliches Problem, Reinbek 1985 (überarb. Neuausgabe; 5. Auflage)
- Peter Mosler, Was wir wollten, was wir wurden. Zeugnisse der Studentenrevolte, erweitert. Fassung, Reinbek 1988
- Wilfried Nelles, Wolfgang Beywl, Selbstorganisation: Alternativen für Verbraucher. Bürgerinitiativen – Selbsthilfegruppen – Mieterorganisation – Bürgerbeteiligung – Neue soziale Bewegungen, Frankfurt am Main 1984
- Karl A. Otto, Vom Ostermarsch zur APO. Geschichte der außerparlamentarischen Opposition in der Bundesrepublik 1960–70, Frankfurt am Main 1977
- Joachim Raschke, Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß. Frankfurt am Main 1985
- Lothar Rolke, Protestbewegungen in der Bundesrepublik, Opladen 1987
- Roland Roth, Neue soziale Bewegungen in der politischen Kultur der Bundesrepublik – eine vorläufige Skizze, in: Karl-Werner Brand (Hrsg.), Neue soziale Bewegungen in Westeuropa und den USA, Frankfurt am Main 1985, S. 20–82
- Roland Roth, Dieter Rucht (Hrsg.), Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main 1987
- Dieter Rucht, Von Wuhl nach Gorleben. Bürger gegen Atomprogramm und nukleare Entsorgung, München 1980
- Dieter Rucht (Hrsg.), Flughafenprojekte als Politikum. Die Konflikte in Stuttgart, München und Frankfurt, Frankfurt am Main 1984
- Wolfgang Rüdig (1980), Bürgerinitiativen im Umweltschutz. Eine Bestandsaufnahme der empirischen Befunde, in: Volker Hauff (Hrsg.), Bürgerinitiativen in der Gesellschaft, Villingen-Schwenningen 1980, S. 119–184
- Hans Karl Rupp, Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer, Köln 1970
- Herrad Schenk, Die feministische Herausforderung. 150 Jahre Frauenbewegung in Deutschland, München 1983³

- Alice Schwarzer, 10 Jahre Frauenbewegung. So fing es an!, Köln 1981
- Johannes Schütte, Revolte und Verweigerung. Zur Politik und Sozialpsychologie der Sponti-Bewegung, Gießen 1980
- Alf Trojan (Hrsg.), Wissen ist Macht. Eigenständig durch Selbsthilfe in Gruppen, Frankfurt am Main 1986
- Fritz Vilmar und Brigitte Runge, Auf dem Weg zur Selbsthilfegesellschaft?, Essen 1986
- Ulrike Wasmuth, Friedensbewegungen der 80er Jahre. Zur Analyse ihrer strukturellen und aktuellen Entstehungsbedingungen in der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten nach 1945: Ein Vergleich, Gießen 1987

Chronik*

1945

Spontane Bildung von antifaschistischen Aktionsausschüssen (»Antifas«) in den vier Besatzungszonen.

1947/48

Von KPD und SED beeinflusste Volkskongreßbewegung für die deutsche »Einheit und gerechten Frieden«.

1950

Mai/Juni Beginn der bis 1958 währenden »Volksbefragungsaktion«: meist von der KPD initiierte Unterschriftensammlungen und Betriebsabstimmungen für ein allgemeines Verbot von Atomwaffen (ca. 2 Mio. Stimmen nach Angaben der Organisatoren).

1951

28. 1. Von der KPD organisierter Essener Kongreß »Rettet den Frieden« mit 1700 Teilnehmern; Aufforderung an die Bundesregierung zu einer Volksbefragung über die Wiederbewaffnung und den Abschluß eines Friedensvertrags.

März Über 9 Millionen Bürger sollen sich im Rahmen der von Kommunisten und bürgerlichen Neutralisten gestarteten Volksbefragungsaktion gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages ausgesprochen haben. Es kommt zu Verboten, Beschlagnahmungen, über 7000 Festnahmen und der Einleitung von mehr als 1000 Gerichtsverfahren.

1951/52

Mehrmalige Besetzung der Insel Helgoland durch Jugendliche zur Verhinderung von britischen Bombardements zu Übungszwecken.

* Eine weitaus detailliertere, zugleich allerdings auch einige markante Lücken aufweisende Chronik von Protestaktivitäten und entsprechenden Reaktionen bieten Wolfgang Kraushaar (von 1955 bis 1970) und Friedrich Krotz (1970–1983), beide in Peter Mosler, Was wir wollten, was wir wurden. Zeugnisse der Studentenrevolte, erweiterte Fassung, Reinbek 1988.

1952

11. 5. Trotz eines Verbots demonstrieren in Essen rund 30000 Menschen gegen die Wiederaufrüstung. Nach Auflösung der Versammlung werden durch Polizeischüsse zwei Menschen getötet, andere zum Teil schwer verletzt und 145 Personen festgenommen.

1955

29. 1. Kundgebung in der Frankfurter Paulskirche unter Beteiligung von Sozialdemokraten, Gewerkschaftern, Bürgerlichen Neutralisten und Kirchenvertretern. Verabschiedung des »Deutschen Manifests« mit dem Ziel, die militärische Blockbildung zu verhindern und die Wiedervereinigung Deutschlands zu sichern; an anderen Orten finden Tausende von Kundgebungen statt.
- Dez. Vierwöchige Protestaktion vor dem französischen Generalkonsulat in Hamburg gegen die Atombombenversuche im Pazifik.

1956

- Juni Bildung des »Kampfbund gegen Atomschäden«.

1957

- April »Appell der Göttinger Achtzehn« gegen die Atombewaffnung der Bundesrepublik.

1957/58

Breite Protestwelle im Rahmen der Kampagne »Kampf dem Atomtod; zunächst mit Unterstützung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften.

1958

15. 4. Schweigemarsch von 5000 Studenten und Jungsozialisten in Berlin gegen die Atombewaffnung der Bundeswehr.
17. 4. Massenkundgebung der Bewegung »Kampf dem Atomtod« mit rund 150000 Teilnehmern in Hamburg.

1960

8. 1. Protestdemonstration des Landesjugendringes Berlin mit über 10000 Teilnehmern gegen antisemitische Schmierereien an Synagogen.
- Apr. Erster Ostermarsch bei Hamburg mit etwa 1000 Marsch- und Kundgebungsteilnehmern.

1961 bis 1968

Alljährliche Ostermärsche mit wachsenden Teilnehmerzahlen: von 23000 (im Jahr 1961) über 100000 (1964) auf schließlich 300000 (1968).

1964

11. 6. Demonstrationen von 2000 Berliner Studenten gegen die Wiederwahl von Bundespräsident Lübke, dem seine Nazi-Vergangenheit vorgeworfen wird.
- Dez. Von über 1300 Persönlichkeiten des Kulturlebens sowie 206 Anwälten und Richtern unterzeichneter Appell der Humanistischen Union gegen die Notstands-Gesetzesentwürfe.

1965

30. 5. Bonner Kongreß »Demokratie vor dem Notstand« mit rund 1500 Teilnehmern.
1. 7. Vom Verband deutscher Studentenschaften veranstalteter Protestmarsch von 10000 Menschen in Berlin gegen den Bildungsnotstand.

1966

5. 2. Im Anschluß an eine Vietnam-Demonstration mit rund 2500 Studenten wird das Berliner Amerikahaus mit Eiern beworfen und die Flagge auf halbmast gesetzt.
22. 5. Kongreß des SDS »Vietnam – Analyse eines Exempels« in Frankfurt mit 2000 Studenten, Professoren und Gewerkschaftern.
22. – 23. 6. Protest und Sit-in von über 3000 Studenten der Berliner Freien Universität gegen das Raumverbot für politische Veranstaltungen.
6. 7. Demonstration von rund 15000 Studenten gegen die Regierungsvorlage für ein Bayerisches Hochschulgesetz.
30. 10. Kongreß »Notstand der Demokratie« in Frankfurt mit 5000 Teilnehmern und 20000 Zuhörern bei der Schlußkundgebung.
- Nov. Demonstration von über 5000 Studenten und Schülern in München und von 3000 Gewerkschaftern, Studenten und Schülern in Köln gegen die NPD.
- Dez. Von Hochschulgruppen veranstaltete Vietnam-Woche in Berlin; Aufforderung von Rudi Dutschke zur Bildung einer »Außerparlamentarischen Opposition«; »Polit-Happening« und Verhaftung mehrerer Demonstranten.

1967

1. 1. Gründung der Kommune I, kurz darauf Ausschluß ihrer Mitglieder aus dem SDS u. a. wegen »falscher Unmittelbarkeit« und »Realitätsflucht«.
2. 6. Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Gegendemonstranten anläßlich des Schah-Besuchs in Berlin; der Student Benno Ohnesorg wird von einem Polizeibeamten von hinten erschossen; spontane Welle der Empörung und Demonstrationen in den folgenden Tagen in vielen Städten.
1. 11. Gründungsversammlung der »Kritischen Universität« in Berlin.
- Okt./Nov. Störungen von Universitätsfeiern in mehreren Städten (»Unter den Talaren – Muff von tausend Jahren«).

1968

- Jan. Schüler in Bremen protestieren durch anhaltende Demonstrationen und Blockaden erfolgreich gegen die geplante Erhöhung der Verkehrstarife; ähnliche Aktionen folgen im Frühjahr in Bochum, Göttingen, Oberhausen und Kiel.
- 17./18.2. »Internationaler Vietnam-Kongreß« an der Berliner Technischen Universität; Schlußkundgebung mit 12000 Teilnehmern (Forderung nach »Zerschlagung der NATO«).
- 11.–15.4. Attentat auf Rudi Dutschke; Ansturm auf das Springer-Hochhaus; fünf Tage währende Straßenschlachten und Blockaden in Berlin unter Beteiligung Zehntausender von Demonstranten; über 1000 Verhaftungen; schwere Unruhen in anderen Städten; 2 Tote in München, 400 zum Teil Schwerverletzte, Solidaritätsdemonstrationen in vielen Städten des Auslands.
- 1.5. Eigenständige Kundgebungen der APO parallel zu den Mai-Veranstaltungen des DGB; 40000 Teilnehmer allein in Berlin.
- 11.5. Vom Kuratorium »Notstand der Demokratie« initiiertes Sternmarsch auf Bonn mit über 60000 Demonstranten; gleichzeitige Konkurrenzveranstaltung des DGB in Dortmund; Flut von nachfolgenden Aktionen in über 50 Städten und mehr als 80000 Demonstranten anläßlich der zweiten Lesung der Notstandsgesetze.
- Mai Auseinandersetzung an der Frankfurter Universität mit Besetzung des Rektorats, Demonstrationen und polizeilicher Räumung der Universität.
- Juni Welle von Institutsbesetzungen und Aktionen zur Einführung der Drittelparität an bundesdeutschen Universitäten.
- Sept. Interventionen von Frauen (einschließlich des Tomatenwurfs auf Hans-Jürgen Krahl) auf der 23. Delegiertenkonferenz des SDS in Frankfurt wegen der Unterdrückung von Frauen auch innerhalb des SDS.
- 4.11. 2000 Demonstranten in Berlin durchbrechen Barrieren der Polizei; Eroberung eines Wasserwerfers; anschließende Straßenschlachten; 20 verletzte Studenten. 130 verletzte Polizisten.
- Dez. Beginn eines Boykotts von Lehrveranstaltungen an der Frankfurter Universität; später polizeiliche Räumungen.

1969

- 29.4. An der Freien Universität Berlin beginnt eine mehrmonatige Serie von Störungen und Sprengungen von Vorlesungen, die auch zu polizeilichen Räumungen führt.
- Juni Aus Protest gegen die geplante Tarifierhöhung der Nahverkehrsbetriebe in Hannover beginnen Jugendliche, Straßenbahnschienen zu blockieren und versuchen mit der »Rote-Punkt-Aktion« einen Transportdienst mit Privatautos zu organisieren. Der trotz Polizeieinsätzen und Festnahmen anhaltende Widerstand führt schließlich nach zehn Tagen zur Neufestsetzung der Tarife auf einem niederen Niveau.

- 1970**
21. 3. Der Bundesvorstand des SDS gibt die Auflösung des Verbandes bekannt.
- 1971**
März Erster Bundesfrauenkongreß in Frankfurt mit Vertreterinnen aus 20 Städten.
6. 6. 374 Frauen erklären in der Illustrierten »stern«: »Wir haben abgetrieben.«
- 1972**
Juni 15 regionale Gruppierungen schließen sich zum Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) zusammen.
Demonstrationszug nach Breisach gegen das dort geplante Atomkraftwerk.
- 1973**
März Gründung der ersten Frauenzentren in Frankfurt und Berlin.
- 1974**
Juni Sammeleinspruch von 90000 Bürgern gegen das geplante Atomkraftwerk in Wyhl.
- 1975**
Erste Frauenbuchläden in München und Berlin; erster Frauenverlag (»Frauenoffensive«) in München.
23. 2. Massenkundgebung von 28000 Menschen und anschließende (erneute) Platzbesetzung auf dem Gelände des geplanten Atomkraftwerks bei Wyhl; Besetzung bis Oktober 1975.
- 1976**
6. 6. 20000 Menschen beteiligen sich an dem vom Sozialistischen Büro organisierten »Antirepressionskongreß« in Frankfurt.
26. 10. Protestkundgebung am Bauplatz des geplanten Atomkraftwerks in Brokdorf; vorübergehende Platzbesetzung und anschließende Räumung durch die Polizei.
Nov. Erstes Frauenhaus in Berlin.
13. 11. Demonstration von 30000 Menschen gegen das geplante Atomkraftwerk in Brokdorf; beim Rückzug der Menge greifen unvermittelt Polizeikräfte ein; es kommt zur »Schlacht um Brokdorf« mit mehr als 700 Verletzten.
- 1977**
19. 2. Zwei gleichzeitige Großdemonstrationen mit je ca. 30000 Teilnehmern gegen das geplante Atomkraftwerk in Brokdorf; eine Veranstaltung findet in Nähe des Baugeländes, die andere im weiter entfernten Itzehoe statt.

19. 2. Versuchte Platzbesetzung unter Führung von kommunistischen Gruppen an der Baustelle des Atomkraftwerks in Grohnde, schwere Auseinandersetzungen mit mehr als 300 Verletzten; Einrichtung eines »Anti-Atomdorfes« gegenüber dem Baugelände, das später von Polizeieinheiten geräumt wird.
28. 7. Demonstration gegen den geplanten Schnellen Brüter im französischen Malville; Beteiligung zahlreicher bundesdeutscher Demonstranten, schwere Auseinandersetzungen; ein Demonstrant wird durch eine Gasgranate getötet, viele z. T. schwer verletzt.
24. 9. Demonstrationen von über 50000 Menschen gegen den Schnellen Brüter in Kalkar; aufgrund großräumiger Polizeiabsperungen und intensiver Kontrollen gelangen über 10000 Demonstranten nicht nach Kalkar.
- Okt. Eröffnung des ersten Hauses für geschlagene Frauen in Berlin.

1978

29. 3. Internationales Russell-Tribunal zur Lage der Menschenrechte am Beispiel der Berufsverbote und am Völkermord in Lateinamerika.
16. 4. Demonstration von 15000 Antifaschisten in Köln gegen das Wiedererstarken des Neonazismus.
13. 7. Gründung der »Grünen Aktion Zukunft« unter der Führung des aus der CDU ausgetretenen ehemaligen Bundestagsmitglieds Herbert Gruhl.
- Nov. Gründung des »Netzwerk Selbsthilfe«; ursprünglich gedacht zur Unterstützung der vom Berufsverbot Betroffenen, entwickelt es sich rasch zu einem Finanzierungsinstrument für alternative Projekte mit über 30 regionalen Ablegern.
22. 11. Nullnummer der alternativen »Tageszeitung« aus Berlin.

1979

25. 3. Aufbruch von Atomkraftgegnern zum einwöchigen Treck von Gorleben nach Hannover; dort Abschlußkundgebung mit rund 100000 Menschen.
7. 10. Mit den Wahlen in Bremen ziehen erstmals grüne Abgeordnete in ein Landesparlament ein.
14. 10. Mehr als 100000 Menschen beteiligen sich an einer bundesweiten Demonstration gegen Atomkraftwerke in Bonn.

1980

- Jan. Unerwartet große Beteiligung am TUNIX-Kongreß in West-Berlin, wo der Auszug aus dem »Modell Deutschland« verkündet wird.
13. 1. Gründung der Grünen Bundespartei und Beschlußfassung über die Teilnahme an der Europawahl.
3. 5. Mehr als 5000 Atomkraftgegner besetzen eine Tiefbohrstelle auf dem Gelände des geplanten Endlagers in Gorleben. Sie errichten ein Hütendorf und rufen die »Freie Republik Wendland« aus. Das Hütendorf wird nach vier Wochen gegen den gewaltfreien Widerstand der Platzbesetzer geräumt.

- Nov. An 350 Orten in der Bundesrepublik und in allen Bezirken West-Berlins finden Veranstaltungen im Rahmen der »Friedenswochen« statt. Der »Krefelder Appell« gegen die Realisierung des NATO-Doppelbeschlusses wird gestartet. Bereits im Februar 1983 werden rund vier Millionen Unterschriften registriert.
16. 12. Nach der Räumung besetzter Häuser in Berlin kommt es zu Auseinandersetzung auf dem Kurfürstendamm. Viele Demonstranten werden verletzt, hunderte festgenommen.

1981

28. 2. Großdemonstration in Brokdorf mit mehr als 100000 Teilnehmern. Wegen weiträumiger Polizeisperren gelangt nur ein kleiner Teil der Demonstranten an den Bauzaun.
8. 3. Massenfestnahmen nach einer spontanen Demonstration für Hausbesetzer in Nürnberg.
- 17.–21. 6. Auf dem Evangelischen Kirchentag in Hamburg demonstrieren nahezu 100000 Menschen unter dem Motto »Fürchtet Euch, der Atomtod bedroht uns alle – Wehrt Euch!«
22. 9. Straßenschlachten in Berlin nach der Räumung von besetzten Häusern; Klaus Jürgen Rattay wird von einem Polizeifahrzeug überfahren und stirbt an der Unfallstelle.
10. 10. 300000 Menschen demonstrieren in Bonn auf der bislang größten Massenkundgebung dieser Art für Frieden und Abrüstung.
- Okt. Aktionswoche der Friedensbewegung mit zahlreichen Veranstaltungen regionaler Koordinationsbüros.
15. 10. Mehr als 100000 Menschen protestieren in Wiesbaden gegen den Bau der Startbahn West.

1982

12. 3. Das 120. Frauenhaus in der Bundesrepublik wird eröffnet.
4. 4. Rund 40000 Menschen protestieren gegen ein positives Gerichtsurteil zum Bau des Atomkraftwerks Wyhl.
12. 4. Die seit 1968 abgerissene Tradition der Ostermärsche wird nach kleineren Kundgebungen in den Jahren 1980 und 1981 wieder aufgenommen; fast eine halbe Million Menschen beteiligt sich an den rund 50 Märschen und Veranstaltungen.
15. 5. Demonstrationen gegen den NATO-Doppelbeschluß und die Nachrüstung; in Hannover protestieren 20000 Menschen gegen die Waffen-Elektronik-Messe IDEE.
10. 6. Anlässlich eines Besuches von US-Präsident Reagan in Bonn (NATO-Gipfeltreffen) und in Berlin demonstriert in Bonn fast eine halbe Million Menschen.
- Okt. Rund 20000 Menschen demonstrieren gegen den Schnellen Brüter in Kalkar.
4. 12. 70000 Schüler und Studenten demonstrieren u. a. gegen die Reduzierung der Ausbildungsförderung.
5. 12. Erstes bundesweites Treffen der Arbeitsloseninitiativen mit Vertretern von rund 250 Gruppen.

1983

6. 3. 27 Abgeordnete der Grünen ziehen erstmals in den Bundestag ein.
Herbst Gegen die geplante Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf erheben 53000 Bürger Einwendungen.
- Sept. Blockadeaktionen der Friedensbewegung in Mutlangen und Bitburg.
- 13.-22. 10. Große Beteiligung an den Aktionswochen der Friedensbewegung; u. a. Bildung einer Friedenskette aus Menschen über die Schwäbische Alb; insgesamt kommt es zu über 3000 Ermittlungsverfahren.
21. 11. Bislang größte Demonstration der Friedensbewegung in Bonn.

1984

17. 6. »Volksbefragungsaktion« der Friedensbewegung parallel zu den Europawahlen; von rund 5 Millionen Befragten lehnen 80% die Stationierung neuer Raketensysteme ab.
- 26.-28. 9. »Fulda-Gap«-Manöverbehinderungen; 220 Demonstranten werden festgenommen.

1985

- Es häufen sich Anschläge auf Strommasten und Firmen, die am Bau von Atomkraftwerken beteiligt sind.
- Febr. Protestdemonstration von 40000 Personen gegen die Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) in Schwandorf.
- Mai Rund 500000 Menschen beteiligen sich an den regionalen Ostermärschen.
- Sommer Erste Platzbesetzung des Baugeländes der WAA in Wackersdorf; nach wenigen Stunden polizeiliche Räumung.
- Okt. Protestdemonstration in München gegen die WAA mit über 50000 Teilnehmern.
- Dez. Kundgebung mit mehr als 30000 Teilnehmern auf dem Baugelände für die geplante WAA in Wackersdorf; zweite Platzbesetzung und Errichtung eines Hüttendorfs; Räumung nach 40stündiger Besetzung; Bau eines zweiten Hüttendorfs über die Weihnachtsfeiertage; polizeiliche Räumung nach 18 Tagen; insgesamt wurden bei den Platzbesetzungen mehr als 1700 Personen festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt.

1986

- Apr. Eskalation der Auseinandersetzungen am Bauzaun in Wackersdorf; erstmals Einsatz des chemischen Reizstoffes CS durch die Polizei.
- Mai Große und kleine Demonstrationen in vielen Städten in Reaktion auf die Katastrophe von Tschernobyl.
Erneute schwere Auseinandersetzungen am Bauzaun in Wackersdorf.
7. 6. Eine Demonstration gegen die WAA wird durch die offensive Polizeitaktik weitgehend vereitelt.
Auf dem Weg zu einer Demonstration gegen das Atomkraftwerk in

Brokdorf werden Zehntausende aufgehalten. Es kommt zu schweren Auseinandersetzungen mit der Polizei. Zehntausend Menschen demonstrieren in Brokdorf.

12. 6. In Reaktion auf die Brokdorfer Ereignisse vom 7. 6. und den »Hamburger Kessel« (über 800 Demonstranten wurden am 8. 6. bis zu 14 Stunden von Polizeieinheiten eingekesselt) demonstrieren rund 50000 Personen in Hamburg.

1987

- Jan. 25 Richter und Richterinnen blockieren das Pershing II-Depot in Mutlangen.
16. 4. Knapp 100000 Anhänger der Friedensbewegung versammeln sich in Bonn.

1988

- Juli Im Genehmigungsverfahren für die Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf erheben 881000 Bürger Einspruch.
25. 9. Demonstration von ca. 60000 Menschen gegen die Ausbeutung der Dritten Welt anlässlich der Tagung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank in Berlin.
- Dez. Welle von studentischen Streiks und sonstigen Protestaktionen mit Schwerpunkt in Berlin und Frankfurt.